

Die "Freiheit" erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und...

Die abgehobene Konzeptionsstelle ober deren Raum kostet 18,- M...

Bernsprecher Zentrum 152 90-153 99

Freiheit Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Noch diese Woche Schluß in Genua

Lloyd Georg fährt heim

London, 15. Mai. Nachgehende Kreise in London haben die Mitteilung erhalten...

Die Russenkonferenz im Haag

In einer am Sonntag stattgefundenen Besprechung in Genua ist man dahin übereingekommen...

Die Mächte, die das Memorandum vom 2. Mai unterzeichnet haben...

1. Die obengenannten Mächte beschließen, daß eine Kommission ernannt wird...

2. Spätestens am 20. Juni werden die Namen der Mächte, die in der nichtrussischen Kommission vertreten sind...

3. Die Angelegenheiten, mit denen sich diese Kommission zu befassen haben soll...

4. Die Mitglieder der ganzen Kommission werden am 26. Juni 1922 im Haag einfinden.

5. Die Kommissionen werden sich bemühen, gemeinsam Empfehlungen bezüglich der in der Klausel 3. verhandelten Angelegenheiten zu erreichen.

6. Um zu gewährleisten, daß die Arbeit der Kommissionen in Ruhe durchzuführen werden kann...

Die Verpflichtung, sich aller aggressiven Handlungen zu enthalten, wird auf Grundlage der Beobachtung des gegenwärtigen status quo gehalten...

Die Antwort an die Russen

Genua, 15. Mai. Die Sitzung der Unterkommission der 1. Kommission am heutigen Vormittag tagte von 10 1/2 bis 12 1/2 Uhr...

wort beraten habe und daß aus diesem Grunde eine Teilnahme der russischen Delegierten nicht in Frage gekommen sei...

Morgen vormittag wird die Unterkommission der ersten Kommission bei Anwesenheit der russischen Vertreter, aber ohne die Franzosen und Belgier, zusammentreten...

Die Russen gehen nach dem Haag

Genua, 11. Mai

Das Mitglied der russischen Delegation, Rafowitsch, gab heute nachmittag den Pressevertretern folgende Erklärung ab:

Wir haben die Mitteilung des Communiqués der Alliierten noch nicht empfangen, kennen aber seinen Inhalt. Wir müssen unser Erstaunen ausdrücken, daß man zwar unseren Vorschlag angenommen, uns aber bei der Beantwortung nicht gefragt hat...

Ein „Ruck nach links“ in Frankreich

(CC.) Paris, 15. Mai

Ein Ueberblick über die Ergebnisse der geistlichen Wahlen in Frankreich zu den Generalräten und Arrondissementsräten läßt sich noch nicht geben...

Nach dem bis 2 Uhr nachmittags bekannt gewordenen Ergebnis der Generalratswahlen verteilen sich die Mandate wie folgt: Konservative 109, demokratische Republikaner 127, Sozialisten 482, Linksradikale 307, Sozialistische Republikaner 57, Vereinigte Sozialisten 46, Kommunisten 14, Stichwahlen 168.

Um die Zukunft Danzigs

Genf, 15. Mai.

In der heutigen Sitzung der Polnisch-Danziger Kommission, an der außer den beiden Abordnungen auch der Völkerbundskommissar für Danzig teilnahm...

Schamlose Klassenjustiz

Von Emil Rabold.

Im Hauptauschuß des Preussischen Landtags wurde leghin der Etat des Justizministeriums besprochen. Die Aussprache gestaltete sich zu einer großen Generalabrechnung mit der heutigen Rechtspflege.

Schon die am ersten Tage von den sozialistischen Vertretern vorgetragene Fülle entrollten ein so erschütterndes Bild der Rechtsprechung, daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien in die Defensive gedrängt wurden...

Wir kennen im allgemeinen ja nur die Rechtsprechung in den größeren Städten, weil sie hier unter strenger Beobachtung der Arbeiterpresse steht. Was sich da eine deutschnational eingestellte Justiz geleistet hat, ist im wesentlichen bekannt.

Da ist in Sensburg in Ostpreußen ein Architekt Rafowitsch, Führer des rechtssozialistischen Ortsvereins. Der Mann ist, weil er aus dem bürgerlichen Lager kommt, den Deutschnationalen besonders verhasst.

Vor einigen Monaten hatte Rafowitsch auf der Straße einen Zusammenstoß mit einem Lehrer, weil er ihn am Arm gestreift hatte.

Und nun? Nun bekommt nicht etwa der Lehrer eine Strafanzeige wegen Körperverletzung, sondern Rafowitsch wird unter Anklage gestellt und in Untersuchungshaft genommen.

Der zweite Fall: Die in Arns in Ostpreußen erscheinende deutschnationale Zeitung beschimpft fortgesetzt die jüdische Bevölkerung in der unerhörtesten Weise.

Beg der Privatklage. Im Mai 1921 war Termin vor dem Schöffengericht in Arnsh. Der Stadtverordnete, Kaufmann Baum, sagte unter seinem Eid aus, daß er wiederholt an Minderbemittelte Geld zum Ankauf von Kartoffeln gegeben habe, aber stets ohne Unterschied der Partei. So habe er z. B. auch dem deutschnationalen Zeugen Baugewerksmeister Godziewski Geld gegeben. Nach Schluß der Beweisaufnahme fiel wegen dieser Aussage Godziewski über Baum her, schlug ihn hinterwärts über den Kopf und stieß ihn die hohe Treppe im Gerichtsgebäude hinunter. Baum stellte Strafantrag und bat um Einschreiten in öffentlichem Interesse. Der Oberstaatsanwalt in Arnsh lehnte ein Einschreiten ab, erst auf eine Beschwerde beim Oberstaatsanwalt in Königsberg wurden Ermittlungen angestellt, die damit endeten, daß Godziewski einen Strafbefehl über 50 deutsche Papiermark erhielt. Nunmehr stellte Godziewski gegen Baum Strafantrag wegen Beleidigung, die darin erblickt wurde, daß Baum unter seinem Eid der Wahrheit entsprechende Angaben gemacht hätte. Der Oberstaatsanwalt griff sofort ein und nahm im öffentlichen Interesse die Klage gegen Baum auf. Als sich dieser darüber beschwerte und auf das unterschiedliche Vorgehen der Justiz hinwies, erwiderte ihm der Oberstaatsanwalt in einem geradezu klassischen Schreiben, daß die Klage im öffentlichen Interesse lediglich deshalb erfolge, um Baum Gelegenheit zu einer eingehenden Erörterung des Falles vor Gericht zu geben.

Für dieses Urteil gibt es nur eine Erklärung: Jüdische Bürger werden von einer deutschnationalen Justiz anders behandelt als Bürger monarchistischer Gesinnung. Und nicht nur in Ostpreußen. Denn der demokratische Abgeordnete Dr. Berndt konnte aus einem in Pommern gefällten Urteil einen Passus verlesen, in dem es hieß, der Angeklagte verdiene den besonderen Schutz des Gerichts, da er wegen seiner deutschvölkischen Gesinnung von den Juden verfolgt würde, weil er ihre staatsauflösenden revolutionären Tendenzen enthalte und bekämpfe. Der Mann kann seinen Verleumdungsfeldzug ruhig fortsetzen. Er genießt, niedergelegt in einem schriftlich formulierten Urteil, den besonderen Schutz der Justiz.

Schlamm steht es mit dem Wiederaufnahmeverfahren. Die Gesetze haben hier einen Damm aufgerichtet, so hoch und so breit, daß es nur in den seltensten Fällen gelingt, ihn zu durchbrechen. Das weitere besorgen die Richter, die untereinander zusammenhängen wie die Kletten, sich auf Formalien versteifen und das Leben misachten; es lieber hinter Justizhausmannern vermodern lassen, als einen Fehlpruch einzugehen. Denn das könnte die Zweifel an der Heiligkeit des Richtertums verstärken. Folgender vom Genossen Liebnecht vorgetragener Fall diene als Beispiel:

Im Frühjahr 1919 wurden in der Nähe Berlins drei Personen beim Wildern getroffen. Ein Wilderer namens Meyer wurde von den verfolgenden Gendarmen und Förstern angeschossen. Im Sterben liegend, soll er noch die Worte ausgestoßen haben: „Mein Sohn!“. Darauf wurde der Sohn in Haft genommen und im Herbst 1919 vor einem außerordentlichen Kriegsgericht in Berlin zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt, obwohl ihm der Alibibeweis nahezu reiflos gelangt war. Der Verteidiger Dr. Boehm in demütigt sich seit Jahr und Tag um das Wiederaufnahmeverfahren. Er hat Gutachten erster ärztlicher Autoritäten in Berlin eingefordert und den Revisionsinstanzen vorgelegt, Gutachten, die den Nachweis führen, daß die Worte eines Sterbenden niemals ausreichend sein können für einen derartigen Urteilspruch. Trotzdem wurde der junge, kaum zwanzigjährige Mann, der völlig unbescholten ist und im besten Verstand steht, verurteilt, muß noch immer hinter Justizhausmannern schmachten. Hier hat das Justizministerium die Aufgabe, das begangene Unrecht so schnell als möglich wieder gut zu machen und dem jungen Mann wenigstens auf dem Gnadenweg den Rest seiner Strafe zu erlassen.

Drei Tage Justizdebatte im Hauptausschuß des Preussischen Landtags. Drei schwarze Tage für die preussische Justiz! Der Bau warft, das Vertrauen zur Justiz ist dahin. Nur verböhrte Reaktionen wagen es heute noch, sie rückhaltlos in Schutz zu nehmen. Gewiß, die Klassenjustiz ist mit dem Klassenhaß aufs innigste verwachsen, aber was die deutsche Justiz sich besonders nach der Revolution erlaubt hat, geht weit über den eigentlichen Begriff der Klassenjustiz hinaus. Es muß ein Wandel eintreten. Denn all die Urteilsprüche, die in den letzten Jahren uns teils mit Empörung, teils mit Scham erfüllt haben, richteten sich nicht nur gegen die Angeklagten. Sie sollten in ihrer letzten Konsequenz zugleich die Republik treffen.

## Die Königsmacher

Unsere Nationalisten bereiten sich vor auf die Wahl des Reichspräsidenten. Mit der Meldung, daß der „Verband der nationalgesinnten Soldaten“ sich „an die Spitze der Bewegung für die Wahl des neuen Reichspräsidenten“ gestellt hat, geht Hand in Hand eine widerliche Vorkubelung für den Ex-Kronprinzen. Wenn man bedenkt, daß erst kürzlich zum Ehrenpräsidenten des „Verbandes nationalgesinnter Soldaten“ — Ludendorff gewählt wurde, so wird man un schwer erraten, was die neue nationalsozialistische Propaganda bezweckt. Ludendorff soll Vizepräsident für den Wehring-Sohn werden! „Deutsche Tageszeitung“, „Kriegszeitung“ und „Deutsche Zeitung“ verwenden ganze Spalten für diese Zwecke. Es ist dabei köstlich zu sehen, wie ausgerechnet der Heberantsemit Maurenbrecher fast den Hais, von wegen ihrer Würde, Tugend und Haltung in Genus, um den Hals fallen möchte — wenn es nicht gerade „Sohnjüden“ wären. Was diese widerwärtige Sorte von Deutschvölkern unter Würde versteht, zeigt folgender Absatz:

„Werde kann immer nur der bewahren, der rücksichtslos entschlossen ist, auch die letzten Folgerungen aus seinem Standpunkt zu ziehen, auch die höchsten Opfer zu wagen, auch das Letzte daranzugeben, um sein Ziel zu erreichen.“

Wir können diese Sorte von Würde, andere zu opfern, aus der Religion, zur Genuß, Recht lieblich ist in diesem Zusammenhang

hänge das Eintreten der „Würdebollen“ für den Ex-Kronprinzen. Die „Deutsche Tageszeitung“ feiert ihn, der sich durch „Erinnerungen“ herauszeichnen möchte, als einen Menschen von „unbefangener, liebenswürdiger Menschlichkeit und offenerherziger menschlicher Natürlichkeit“. Dem natürlichen Empfinden entspräche ein natürlicher, heller Verstand, dem höchste Jeterlichkeit und Höflichkeit in gleicher Weise gegenüber sind! — Und dann der Jock des ganzen Schmuckes: der Kronprinz sei Anwalt einer „liberalen“ Auffassung nach dem Muster des englischen Königshauses, dem aber trotzdem „in der Praxis das Bestreben zu den politischen Methoden der Rechten verbindet“. So soll das Paradepony unserer Nationalisten denen, die nicht alle werden, empfohlen werden. Denn den Kronprinzen verleihe eine tiefe Heimatliebe, ein heiserer Drang zu freier Betätigung und fruchtigem Schaffen“. Auf den Thron habe er nur verzichtet, „um sich nicht den Weg zu baldiger Rückkehr in die Heimat zu verbauen“.

Wir sehen, unsere Nationalisten verstehen ihr Handwerk immer noch ganz gut, die Arbeiterklasse muß diesen Vorgängen gestohlene Aufmerksamkeit entgegenbringen.

## Magister Anspach

Wenn die Könige hant, haben die Räzner zu tun. Herr Anspachs Entlarvung schuf allerlei Leute die Möglichkeit, sich journalistisch zu betätigen. So schrieb z. B. der Generalleutnant von Crawn im „Berliner Sozial-Anzeiger“ auf den Vorkall hier einen donnernden Leit-Artikel gegen den — französischen General Koller einen Phantasiestück, der zur Genüge gekennzeichnet ist, wenn wir berichten, daß von Crawn es fertigbekommt, einen Idealisten und Ehrenmann wie Kurt Eisner mit dem Gauner Anspach auf eine Stufe zu stellen!

Auch der Oberregierungsrat Dr. Weich vom Berliner Polizeipräsidenten konnte diese gute Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne bei Meister Anspach als gelehriger Kriminalkudent in die Lehre zu gehen. Dr. Weich schreibt im „Berliner Tageblatt“ über „Politischen Nachrichtenendienst“, und seine Darlegungen wollen als „politische und rechtliche Betrachtungen“ gewertet sein. In Wirklichkeit lassen die Weich'schen Ausführungen sowohl politisch wie rechtlich sehr viel zu wünschen übrig.

Der Herr Oberregierungsrat beginnt mit einer Betrachtung über das Treiben fremdländischer Spionage-Agenten in Deutschland und widmet diesem schmutzigen Handwerk, soweit es sich während des Krieges besonders hervorragend betätigt, ein eigenes Kapitel. Er gibt eine Statistik der Verurteilungen wegen Landesverrats in den Jahren 1909 bis 1920 und kommt zu dem Ergebnis, daß es damit seit 1921 abwärts bestellt ist, als selbst während der vier Kriegsjahre! Diese Bestimmung gilt u. a. dem Nachweis, daß Anspach keine Einzelercheinung ist, sondern daß sich viele Hunderte solcher dunklen Existenzen von diesem lieblichen „Gewerbe“ nähren. Nun aber meldet sich der Jurist zum Wort und konstatiert mit lebhaftem Bedauern, daß nach dem Wortlaut der Paragraphen 80—92 des Strafgesetzbuches für das Deutsche Reich und nach dem Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse eine Bestrafung des biederen Herrn Anspach überhaupt nicht möglich sein wird, weil die Gesetze nur denjenigen mit Strafe bedrohen, der „geheimzuhaltendes Material aus Ausland verrät“, wogegen Anspach doch erfundene Angaben verhöferte.

Wir sind anderer Ansicht als Herr Dr. Weich und schenken uns nicht nach neuen Strafgesetzen oder Paragraphen dieser Art. Für Fälle wie der vorliegende kann man sicherlich mit den Vertrags- und Urkundenfälschungs-Paragraphen auskommen, und es ist durchaus unnötig, deshalb die Gesetzgebungs-Mühle sich abermals drehen zu lassen.

Dr. Weich geht sogar noch weiter: er wünscht eine Strafbestimmung etwa des Inhalts, daß die Mitteilung aller Nachrichten, deren „Belanntwerden“ den deutschen „Interessen“ im Ausland „schädlich“ ist, unter Strafe fallen soll. Selbstverständlich ist diese echte Polizeidee durchaus indiskutabel; denn Begriffe wie „Interesse“, „schädlich“ usw. sind so dehnbar, daß man fast mit jedem Privatbrief, der ins Ausland geht und sich nicht in den Grenzen der simpelsten Korrespondenz hält, Gefahr liefe, sich strafbar zu machen!

Ueber diese Einzelheiten hinaus beschäftigt sich der Herr Oberregierungsrat mit dem „Spiegel-Arbeitskodex“ ganz allgemein. Und er macht den Vorschlag, alle erukten politischen Organisationen sollten erst dann zur Verbreitung politisch wichtiger Agenten-Nachrichten schreiten, wenn sie diese durch amtliche Organe hätten nachprüfen lassen.

Nun, wir Unabhängigen Sozialisten verabscheuen das Spiegel-Geschmeiß und dessen „Nachrichtendienst“ ganz gewiß. Aber doch verzichten wir gegen die Spießheute gern auf die Hilfe der Polizeibehörde und schützen uns — so gut wie möglich — lieber selbst. Denn wer würde uns gegen diejenigen Behörden schützen, die ihrerseits seit jeher und bis auf den heutigen Tag mit Spionen, Spiegeln, Achgroßenjungen arbeiten? Wer hat die Spiegel denn überhaupt gezüchtet? Niemand anders als dieselbe Polizei, die uns, wenn es nach Herrn Dr. Weich ginge, nun vor etwaigen Spiegel-Bannerreien schützen soll!

Im gleichen Atemzuge, mit dem Dr. Weich so gute Lehren erteilt, erklärt er, daß die politische Polizei Spiegel haben „muß“. Mit anderen Worten: wenn es nach diesem tüchtigen Beamten ginge, bekäme er eine Art Patent, Privileg oder Monopol auf Spiegel-Vernehmung, damit die Polizei sich noch erfolgreicher denn je als Jucht- und Brianfakt für politische Spitzel zu betätigen vermag.

Auf des Herrn Dr. Weich Vorschlag kann selbstverständlich nicht eingegangen werden. Wer würde uns denn s. d. gegen Leute wie Dr. Weichmann, den Staatskommissar „für öffentliche Ordnung“, schützen?

Ein Schwindler etwas kleineren, aber ähnlichen Kalibers wie Anspach ist entlarvt: Willi Bergholz, 21 Jahre alt. Er fabrizierte „kommunistische Aufstufungs-Dokumente“ aller Art und verkaufte sie mit bestem Erfolg an dieselben Deutschnationalen, die gestern noch höhnten und darüber trümpelten, daß es dem Anspach gelungen ist, gewissen Herren von der Entente seinen Schwindeltrick anzudrehen!

Allerdings — Bergholz hatte erstklassige „Legitimationen“ gegenüber seinen deutschnationalen Beschützern; er trug sich einen Klempnerladen auf die vom Trödeler gekaufte Offiziers-Uniform — Pour le mérite, Eisernes Kreuz I. Klasse, St. Georgsorden dreier Nationen usw. — und wurde darauf-

hin seine „Ware“ reichend los. Wäre ihm nicht das kleine Malheur passiert, einmal in der gefälligen Unterschrift „Tischlererin“ statt Tischlererin zu schreiben, dann würde er sich wohl noch heute seiner Freiheit und des Verlehrs mit den Kapazitäten der Deutschnationalen Partei erfreuen können.

## Rechtssozialistischer Nationalismus

Zu den Gliedern rechtssozialistischer Würdenträger gehört der Oberpräsident von Schleswig-Holstein, Herr Rübke. Es ist eine der großen Leuchter, die während des Krieges das Durchhalten predigten und im höchsten Nationalismus machten. Daß bei ihm das Wort, daß mit dem Amt der Verstand kommt, nicht zutrifft, beweist eine Rede, mit der er den schleswig-holsteinischen Provinziallandtag eröffnete. Sagte er doch:

Die Bedrängnis im Norden möge dem ganzen Reich zeigen, daß die Provinz Schleswig-Holstein die Aufgabe hat, eine Grenze zu verteidigen, und daß sie diese Aufgabe nur erfüllen kann, wenn sie in ungeschwächter Kraft und Geduld besteht. Es könnte den dänischen Nationalisten kein größeres Gefallen getan werden, als wenn im Süden unserer Provinz Gebietsstücke an Hamburg fallen. Mit dem nachfolgenden geschwächten Rest würden die Dänen leicht fertig werden.

Wollte also verschiedene preussische Gemeinden dem Hamburger Gebiet einverleibt werden sollen, um diesem bedeutendsten Hafenplatz Deutschlands die Entwicklung zu ermöglichen, malt der Rübke — sein Name ist bezeichnend — den nationalsozialistischen Woywan an die Wand. Gerade als ob es ausgerechnet an dem Rübke und an Schleswig-Holstein liegt, daß Schleswig-Holstein nicht dänisch wird. Derweil wissen wir, daß das nationalsozialistische Nationalheldentum, das früher in Schleswig-Holstein dominierte und in dessen Fußstapfen jetzt der rechtssozialistische Oberpräsident wandelt, hauptsächlich die Schuld teig an der dänischen Irredenta. Im übrigen ist das rechtssozialistische „Hamburger Echo“ gerade entgegengesetzter Ansicht wie Rübke. Es kündete kürzlich dem Preuzentum à la Rübke an, daß solches Verhalten borniert und das Gegenteil von zweckdienlich sei.

Indessen der Rübke ist nicht der einzige nationalsozialistische Rechtssozialist. Auch der Reichsminister des Innern, Dr. Köster, der als rechtssozialistischer Kriegsberichterstatter so prächtige nationale Töne der Verhimmelung für Hindenburg und Ludendorff sand, hat jetzt in München auf der Gewerkschaft eine Rede gehalten, in der es von „nationaler Gesinnung“, „Heimat“, „National- und Staatsbewußtsein“ und ähnlichen Redensarten nur so kracht, so daß der deutschnationalen Berliner „Sozial-Anzeiger“ ganz begeistert ist.

## Agrarischer Wucher

Je mehr sich der Unwille der Bevölkerung gegen den immerwährenden Lebensmittelwucher der Agrarier wendet, desto krampfhafter bemühen sich die agrarische Presse und die agrarischen Organisationen, andere für den Wucher verantwortlich zu machen. Dieses Spiel ging so weit, daß man sogte, schuld seien nicht die Agrarier, die die unerschämten Beträge einstreiften, sondern diejenigen, die sie „angeboten“ haben. Nun liegen aber die Dinge so, daß die Agrarier ihre Produkte zurückhalten, um die Verbraucher zu den unerschämten Angeboten zu zwingen. Unlängst hat der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Schifferbauer in einer Interpellation sich darüber beschwert, bei der Viehlieferung an Italien seien die „berufenen bayerischen Organisationen“ unberücksichtigt geblieben. Dagegen sei die Lieferung einem jüdischen Großhändler übertragen. Demgegenüber stellt der „Bayerische Staatsanzeiger“ amtlich fest, daß mit den bayerischen Organisationen monatelang verhandelt und am 21. Februar 1922 ein fester Lieferungsvertrag auf 2000 Tiere abgeschlossen worden sei. Bereits am 24. Februar erfolgte eine Preisnachforderung, die schließlich bewilligt wurde. Als dann Anfang März die Viehlieferungen an Italien beginnen sollten, verlangten die Leiter der bayerischen Organisationen am 10. März weitere Preiserhöhungen von 4000 bis 9000 Mark das Stück. Da nach den bisherigen Erfahrungen die bayerischen Organisationen, zum Teil wegen des Verhaltens der Viehhändler, die Lieferungen nicht ausführen konnten oder wollten, wurde die Lieferung an den Großhändler Wertheimer übertragen, der das Vieh um drei Millionen billiger als die „berufenen bayerischen Organisationen“ nach Italien lieferte.

Wieder ein Beweis mehr für die Greifigkeit und Stempellosigkeit der „berufenen bayerischen Organisationen“. Die bayerische Bevölkerung hat diese saubere Politik mit gesteigerten Preisen bezahlen müssen. Es ist zuzeiten in den Agrarlande Bayern das Vieh vom Berliner Markt billiger zu haben gewesen, als von bayerischen Stellen. Das will bei den heutigen Frachtpreisen und sonstigen Spezen und Händlergewinnen schon etwas besagen. Die Agrarier aber fahren fort, die Städte auszuhungern.

## Von Groeners Freunden

Wir berichten wiederholt, mit welchem Wohlwollen Groener jene Elemente seines Amtsgebietes unterstützt, die sich als „echte Beamte“ gegen ihre Klassen- und Arbeitsgenossen betätigen. Während trotz aller Versprechungen der Reichsregierung die Maßnahmen gegen die Klassenbewußten Eisenbahner weitergehen, wird aus Staatsgeldern, fozuzogen von Amtswegen, der neugegründeten Gewerkschaft der Reichseisenbahnbeamten jede nur erdenkliche Unterstützung zuteil. In welchem Maße das geschieht, zeigt folgendes Schreiben, das die Reichsgewerkschaft u. a. auch an das R. V. W. gelangen ließ:

„Von der neugegründeten Gewerkschaft der Reichseisenbahnbeamten werden Rundschreiben mit Jungblättern in Gewerkschaftsangelegenheiten an sämtliche Dienststellen des Bezirks (über 700 Briefe) als Eisenbahndienstleistungen unter Verwendung amtlicher Briefumschläge und des amtlichen Dienststempels während der Dienstzeit von Beamten des Verkehrsbüros durch die Kanzlei zur Abfertigung gebracht. Mit Schreibarbeiten sind während des Dienstes zwei weibliche Angestellten mehrere Stunden beschäftigt worden, denen amtliche Unterlagen über den Personalbestand der Stationen zur Verfügung gestellt sind.“

Wir sind gespannt, mit welchen Ausfühnten Groener diesmal antworten wird. Ist es schon ein Skandal, daß mit Hilfe der Regierung gegen die um ihr Recht kämpfenden Arbeiter gelbe Organisationen geschaffen werden, so muß sich die Arbeiterklasse ein solches Tun auch noch deshalb verbitten, weil sie hier direkt mit ihren eigenen Steuergeldern bekämpft wird.

## Versammlungsfreiheit in Preußen

Einige kommunistische Abgeordnete führten in einer kleinen Anfrage Beschwerde darüber, daß der Amtsvorsteher des Dorfes Rybna, Kreis Selsch, seine Erlaubnis zur Abhaltung einer Lustbarkeit für einen Jungensverein zurückgezogen habe, nachdem ihm zur Kenntnis gelangt sei, daß dieser Verein ein kommunistischer Jugendbund sei. Das Staatsministerium wurde gefragt, was es gegen einen solchen Willkürakt zu unternehmen gedenke. Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der Minister des Innern in seiner Antwort darauf hin, daß der zuständige Landrat das Vorgehen des Amtsvorstehers als nicht billig und den Amtsvorsteher entsprechend beschieden habe. Die Veranstaltung hat an dem beabsichtigten Tage in einem Nachbarorte stattgefunden.

Soweit der amtliche Preussische Pressedienst. Aber der Zweck des Verbots ist erreicht. Diesmal zwar nicht voll, da die Veranstaltung in einem anderen Orte stattfinden konnte. Die amtliche Mißbilligung allein wird ähnliche Willkürakte auch für die Zukunft nicht verhindern. Der Amtsvorsteher ist freigeblieben, ist strengstens zur Verantwortung zu ziehen. Für den gewöhnlichen Bürger gilt der Grundsatz: Auch Unkenntnis der Gesetze schützt vor Strafe nicht. Um so mehr ist es daher notwendig, einen Bürgermeister, der Bürger an der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte unter Mißbrauch der Amtsgewalt hindert, gehörig zur Reize zu bringen.

## Arbeitsgerichte oder Klassenjustiz?

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich der Vorstand des Deutschen Städtebundes mit dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Dieser Regierungsentwurf sieht demnach eine Vermeidung der Obliegenheiten, die bisher Sache der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte waren, an die ordentlichen Gerichte vor. Das ist so recht nach dem Geschmack aller Reaktionsäre. Es verwundert und daher nicht, daß der aus Rechtsanwählern zusammengesetzte Vorstand des Städtebundes sich warm für den Regierungsplan einsetzt und ausdrücklich einen Beschluß fasste, der verlangt, daß nicht nur die Arbeitsgerichte, sondern auch die Schlichtungsstellen (!) den ordentlichen Gerichten angegliedert werden sollen.

Dieser Beschluß erhält erhöhte Bedeutung dadurch, weil bekanntlich die Regierung eine möglichst weitgehende Verkopplung zwischen Arbeitsnachweis- und Arbeitsgerichtsgesetz wünscht, wodurch den Gemeinden ein ziemlich großer Einfluß auf die Ausübung dieser Gesetze zufällt.

Die Arbeiterschaft hat zu der heutigen Justiz das größte Vertrauen und wird deshalb weder der Regierung noch dem Städtebundes-Vorstand den Gefallen tun, in eine Abwägung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zugunsten der Klassenjustiz einzustimmen.

## Preussischer Landtag

Sitzung vom Montag, dem 15. Mai 1922.

Nach kurzer Pause, die durch Sitzungen verschiedener Ausschüsse angefüllt wurde, trat der Landtag heute wieder zusammen, um voraussichtlich bis zu den Pfingstferien zu tagen.

Nachdem die Verordnungen des Justizministers vom 9. November 1921 und 20. März 1922, betreffend vorläufige Klärung der Amtsgerichtsbezirke Aachen, Barmen und Blankenhein anlässlich der Ausführung des Friedensvertrages ohne Besprechung genehmigt wurde, trat das Haus in die zweite Beratung des Haushalts der

### Berg, Hütten- und Salinenverwaltung

Die allgemeine Besprechung wurde durch den Minister für Handel und Gewerbe, Stiering, eröffnet. Er gestand bekräftigt dem im Etat enthaltenen Zahlen an, daß das Urteil des Lärlich verordneten Abgeordneten Hue — der Etat sei das Papier nicht wert, auf dem er gedruckt ist — zwar hart, aber zurecht sei. Die Gesamtsituation ist schlecht, auch die Weltkohlenlage hat sich, verursacht durch einen Rückgang der Förderung in Amerika und durch einen längeren Streit in England, wesentlich verschlechtert. In Deutschland hat sich die Förderung im Jahre 1921 gegenüber 1920 gehiebert, und zwar die Steinkohle um 49 Millionen Tonnen, die Braunkohle um 11,1 Mill. Tonnen, die Koksproduktion um 1,7 Millionen Tonnen. Diese Steigerung hat sich bisher auch im Jahre 1922 fortgesetzt. Trotzdem reicht die verfügbare Kohlenmenge nicht aus. Der Hausbrand ist denkbar schlecht beschert worden; selbst die Versorgung der öffentlichen Anstalten war oft nicht möglich. Es ist bedauerlich, daß man die Koksbeziehung aufgegeben hat. — Der Minister spricht dann ausführlich über die geplante Umstellung der Staatsbetriebe in eine andere Verwaltungsform. Der Zweck der Umstellung ist eine größere Extraktionsfähigkeit; die bisherige bürokratische Bevormundung muß beseitigt und kaufmännischer Geist in die Verwaltung hineingebraucht werden. Die Umstellung wird nicht leicht sein, darum müssen wir besonderen Wert darauf legen, uns die reichen Erfahrungen der Privatindustrie zunutze zu machen.

Abg. Otkerath (SPD.): Der hohe Kohlenpreis ist der beste Beweis dafür, daß der vorliegende Etat ein Übel ist. Wir brauchen eine selbstbewußte, reich vollzogene Umstellung entsprechend den Bedürfnissen der heutigen Wirtschaft. Der Minister sollte alle schönen Mahnungen an seine einzelnen Beamten richten, von denen alle Hindernisse herkommen.

Der Kohlenpreis hat den Weltmarktpreis erreicht, weil die Inlandkohle unter dem Druck der Entente hoch bepreizt wird, während die eingeführte Auslandskohle steuerfrei ist. Der steigende Kohlenpreis wirkt aber preissteigernd auf alle Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Im Ruhrgebiet kostet ein Hund Kartoffeln 2,50, also mehr als eine Pfunde guter Ministerwein. Die Gehalts- und Lohnentwicklung in den Staatsbetrieben hat große Unzufriedenheit verursacht. Die nächsten Leute gehen zur Privatindustrie über. Wir vermüssen im Grubenversicherungsamt Vertreter der Arbeiterschaft.

Abg. Sieger (Zf.): Die Kohlenversorgung Deutschlands ist trotz der zu beachtenden Mehrleistung der Bergarbeiter schlechter geworden.

Ein Regierungsvertreter sucht den Vorwurf des Abg. Otkerath, als ob zwischen dem Minister Stiering und den ihm unterstellten Beamten bezüglich der Frage der Umstellung der Staatsbetriebe ein Gegensatz bestände, zu entkräften.

Abg. Nehring (Zf.) begrüßt die Anträge des Hauptauschusses, welche auf eine Umstellung der Staatsbetriebe hinzielen. Die Frage der Arbeitsleistung ist eine Frage der Arbeitszeit und der Arbeitsintensität. Es ist zu erwägen, ob nicht die Bergarbeiter im Interesse des Allgemeinwohls dazu kommen, aus freier Initiative Ueber-schichten zu machen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 16. Mai — Schluß 5 1/2 Uhr.

# Das Spickeltum bei der Post

## Das System Giesberts

In der Montagssitzung des Reichstags nahm Giesbert teil bei der Fortsetzung der Beratung des Postetats die Gelegenheit wahr, um die Mißstände bei der Reichspost und das Postwesen gewisser Vorgesetzten gebührend zu beleuchten. Dabei geißelte er die monarchistische Propaganda gewisser Herren Direktoren und ironisierte das Sparsystem, das sich in einer ungeheuren Vermehrung des Personals bei einzelnen Stellen ausdrückt.

## Sitzungsbericht

Vizepräsident Richter eröffnet die Sitzung 1 Uhr 15 Min. Fortsetzung der Beratung des Postetats.

Abg. Zubeil (USP.): Bei der diesmaligen Beratung des Etats muß die Frage aufgeworfen werden, ob der Etat der Reichspost nicht auf einem anderen Weg ins Gleichgewicht gebracht werden kann, als durch fortwährende Tarif-erhöhungen. Es ist eine sogenannte „Sparkommission“ eingesetzt worden, die die Arbeiten auf den Postämtern prüfen soll. Was nützt aber ihr Bestehen, wenn ihr Erscheinen auf den Beamten immer zuvor angemeldet wird. Dann arbeitet alles sicherheit und selbst das Aufsichtspersonal befindet sich in voller Tätigkeit. Es müßte die Frage erörtert werden, ob es nicht vorzuziehen wäre, unerwartet durch Reichstagsabgeordnete, die sich mit der Reichspost beschäftigen, auf den Beamten Umschau halten zu lassen. Wir wenden uns nicht gegen die Aufsichtsbekanntnisse, die zu diesen Aufpasserdiensten eben befohlen werden, sondern wir wenden uns gegen das System. Eine Unmenge Aufsichtsbekanntnisse werden bezahlt, trotzdem sie nicht produktive Arbeit leisten. Vor lauter Titeln findet man jetzt bei der Reichspost nicht mehr durch. Das Amt 237, Ludenwalder Straße, hatte vor wenigen Monaten einen Postdirektor und zwei Postinspektoren. Jetzt sind dort angeheilt ein Oberpostdirektor, 4 Postdirektoren, 6 Postinspektoren und dann kommen noch alle möglichen oberen Beamten hinterher. Auf diesem Postamt ist jetzt auch ein Ruchherd für Wais- und Kuchwende eingerichtet worden. (Hört! Hört! links.) Wenn das Postministerium die Sparbarkeit so aufsucht, dann braucht man sich allerdings über das Defizit nicht zu wundern.

Bei Kriegsanbruch hatte die Oberpostdirektion 29 höhere Beamte, jetzt hat sie einen Präsidenten, einen Abteilungsleiter, 8 Oberpostdirektoren und noch 28 weitere Räte und noch eine Reihe von Post- und Telegrapheninspektoren als Referenten. Im Ganzen sind also dort jetzt 49 Referenten eingestellt.

Es ist wiederholt hingewiesen worden auf den großen Anflug, der damit getrieben wird, daß viele Hunderte Post- und Telegraphendirektoren als Vorstand von kleinen Postämtern beschäftigt werden. Diese Aufhaben können doch auch durch mittlere Beamte ihre Erledigung finden. Ein einziger Blick in die Verhältnisse genügt, um einen überzeugenden Beweis zu liefern, daß 2000 höhere Beamte, die so durchgeschleppt werden, durch mittlere Beamte ersetzt werden könnten. Diese vielen höheren Beamten, die gar nicht nötig sind, ihre Aufgaben zu erfüllen, hindern die mittleren Beamten in ihrem Vorwärtkommen.

Auf dem Paketpostamt zurückgeführt am 9. Januar und in den folgenden Tagen

ein Gratulations schreiben an den landesfürstlichen Erbkaiser zur Unterzeichnung. Die Gratulation schloß mit den Worten: „In heißer Ehrfurcht verharren...“ und dann folgen die Namen und Dienstränge der Beamten. Die Unterschriften wurden von dann beauftragten Beamten geleistet. Dafür bezahlt die Republik die Beamten. Natürlich zwingen die Vorgesetzten ihre Untergebenen nicht direkt zur Unterzeichnung eines solchen Schriftstückes, aber ihre Wünsche müssen erfüllt werden, wenn die Untergebenen sich ihren Dienst einigermaßen erträglich einrichten wollen. Die Beamten, die ohne zu erröten, jedes Vierteljahr von der Republik ihr Gehalt annehmen, verhöhnen die Republik in solcher Weise, obgleich sie ihr die Treue gelobt haben. Ueberall treiben sie, unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt reaktionäre Politik: Sie sind zu feige, selbst die Verantwortung zu tragen und dann benutzen sie eben ihre „Aulda“, die sich selber auch dazu gebrauchen lassen. Die unteren Postbeamten haben zu wenig Mut, um ein solches Ansinnen abzulehnen und ihre Vorgesetzten abzuweisen.

Der Minister hat sich am Sonnabend gegen den Vorwurf der Gefinnungsanfälligkeit in seinem Reich verwahrt. Ich will dem Herrn Postminister in seiner Gedächtnisrede etwas nachhelfen und ihm zeigen, wie groß

### die Spickelwirtschaft

in seinem Betriebe ist. Auf dem Paketpostamt N. 30 — es ist noch keine Beratung des Postetats vorgegangen, ohne daß nicht die Mißstände auf diesem Amt gekennzeichnet worden wären — sollten annehmlich unter den Postbeamten kommunistische Umtriebe festgestellt haben. Der Oberpostdirektor wandte sich an einen Postdirektor, der seine Beamten bespitzeln sollte. Dieser als Republikaner lebte eine solche Zumutung ab. Dann hat sich der Oberpostdirektor zu diesem Zwecke eben eines Postbeamten, namens Miethy bedient. Vom Beamtenauschuss wurde diesem Spickel jetzt ein Rundschreiben zur Beamtenvermittlung vorgelegt. Auf Grund dessen konnte festgestellt werden, daß die Spickelerei des Miethy sich nicht nur auf das Paketpostamt N. 30 beschränkte, sondern auch auf anderen Ämtern betrieben wurde. Der Beamtenauschuss verlangte, daß dieser Spickel aus ihren Kreisen entfernt werde. Sowohl im Ministerium als auch bei den anderen Vorgesetzten wurde aber die Erfüllung eines solchen Verlangens als für durchaus nicht notwendig angesehen. Erst als das gesamte Personal mit der Arbeitsniederlegung drohte, wurde dieser Beamte von dort vertrieben. Man hätte ihn aus der Post entfernen müssen. Detariäe Elemente gehören nicht in staatliche Betriebe. Es ist allerdings festgestellt worden, wie es auf dem Paketpostamt auch.

### Lebensmittelschiebungen großen Stils

sind dort vorgekommen, an denen sich auch Direktoren und Räte beteiligt haben. Der Obmann des Beamtenauschusses hat eine strenge Untersuchung beantragt. Es wurden die Namen der Beteiligten angegeben, die Herren haben aber die schweren Anschuldigungen auf sich sitzen lassen. Beirrat wurde der Obmann des Beamtenauschusses, unser heutiger Kollege Wilhelm Hoffmann, weil er eine Untersuchung gefordert hatte. Er wurde nach dem Amt 23 am 7. April d. J. Strafverurteilt. Trotzdem er seit Jahrzehnten im Postdienst steht und sich keine Verfehlungen oder Vernachlässigungen hat zuschulden kommen lassen, ist die Verurteilung erfolgt wegen des klaren Fortschritts der Bestimmungen des § 82 des Reichsbeamtengesetzes, der lautet: „Vor der Verhängung einer solchen Ordnungsstrafe ist dem Beamten Gelegenheit zu geben, sich über die ihm zur Last gelegten Verfehlungen seiner Amtspflichten zu verantworten.“

Ein Postsekretär führte Beschwerde über einen Vorgesetzten, der die jetzige Regierung dauernd mit Andräcken,

wie „Roie Brut“, „Blutbande“, „Erzhalunken“ usw. verhöhnte.

Beim Tode unserer Kollegin Zieg fand er die Worte: „Die

Ranalle hätte schon längst gehängt werden müssen!“ Auf die Beschwerde wurde der Postsekretär, der sie geführt hatte, zu 25 Mark Strafe verurteilt, Motivierung: Nur das politisieren sei im Dienst zu unterlassen. Politisieren bedeute das Werden für eine Partei. Da der Beizessende nicht für eine Partei geworden hatte, wäre es kein politisches Vergehen!!

Im Amtsblatt 15 vom 21. April 1922 wird ein Erlaß des Reichspostministers bezüglich der Neuwahl der Beamtenauschüsse verkündet. Der Erlaß ist das Reaktionsärzte, was wohl niemals veröffentlicht worden ist. Die Beamtenauschüsse sollen nach diesem Erlaß nicht mehr das Mitbestimmungsrecht haben. Die Mitglieder der Ausschüsse dürfen gemahregelt werden, wegen ihrer Tätigkeit in den Ausschüssen. Auf Grund der §§ 42 und 43 der famosen Verordnung des Herrn Ministers sollen die Mitglieder der Beamtenauschüsse zu Verrätern und Spickeln an ihren Kollegen gemacht werden. Angesichts dieser Tatsachen kann man nur gut Lewell sagen. Wie weit ist es in der Republik schon gekommen? Ich erinnere nur an die Spickelwirtschaft bezüglich der Beamtinnen, die Mutter eines unehelichen Kindes sind. Auf Grund der Verfassung in Art. 119, 121 und 128 ist der Beamten zugesichert worden, daß die uneheliche Mutter keinen Grund zur Entlassung bilden kann. Wenn nur ein Funken christliches Mitgefühl in Ihnen, Herr Minister, vorhanden ist, dann dürfen Sie die Maßregelungen der unehelichen Mütter unter Ihren Beamtinnen nicht zulassen.

Im Interesse des Abbaues bei der Post muß dazu übergegangen werden, alle Neueinstellungen zu unterlassen. Es werden künftig ein Teil der Behörden überflüssig werden. Das Reichspostamt fordert allein 21508 neue Stellen. Die am 1. Juni eintretende neue Gebührenerhöhung wird den Verkehr nicht steigern, sondern ihn erheblich herabdrücken. Die Angestellten, Beamten und Arbeiter werden die enormen Kosten weiter tragen müssen. Beim Postfachamt sind etwa 10 Prozent der dort angestellten Frauen verheiratet, deren Männer ebenfalls beschäftigt sind. Die Helferinnen, die während der schwersten Zeit ihre Pflicht und Schuldigkeit getan haben, sollen zur Entlassung kommen. Wir fordern, daß erst die Ehefrauen, deren Männer einen Verdienst haben, entlassen werden, bevor man den Helferinnen ihre Entlassung gibt. Ich will noch ein warmes Wort einlegen für die Postagenten. Sie sind bis jetzt mit ihren Forderungen weit hinter den anderen Beamten zurückgeblieben. Ein vollbeschäftigter Agent, ohne jeden weiteren Nebenverdienst erhält 1000—1200 Mark. Dafür muß er noch Beleuchtungs- und Heizungsmaterial sowie Einrichtung und Schreibmaterial liefern. Neben ihm ungefähr 800 M. Auch die Kinderzuschläge sind geringer als die der Beamten. Diese Differenzierung muß wegfallen. Die Agenten haben doch denselben Hunger wie die Beamten. Die Mütter ihrer Kinder wollen ebenso gestopft sein wie die der anderen. Wir fordern eine Verbesserung der Lage der Postagenten.

Nun noch ein Wort zu den Zeitungen. Hunderte von kleinen Zeitungen müßten ihr Erscheinen einstellen, weil sie die ungeheure Verteuerung nicht tragen könnten. Bei der Post besteht eine Verfügung, auf Grund deren die Erhöhung der Postabonnements spätestens bis zum vierten des dritten Monats für das nächste Quartal zu erfolgen hat. Erfolgt die Abonnementserhöhung ein paar Tage später, so müssen die Zeitungen die Kosten für die Erhöhung tragen. Meine Freunde stehen auf dem Standpunkt und haben auch einen diesbezüglichen Antrag gestellt, daß die Erhöhung der Postabonnements noch erfolgen kann, wenn sie vom Verleger 14 Tage vor dem Inkrafttreten der Verordnung angemeldet wird. Wir bitten alle Parteien, diesem Antrag zuzustimmen, denn alle Parteien haben an der Erhaltung ihrer Presse das gleiche Interesse. (Sehendes Bravo bei den U-Soz.)

Nach dem Abg. Morath (DP.) ergreift das Wort der Reichspostminister Giesbert. Die Tarifserhöhungen bei der Post sind nur erfolgt auf Grund der sprunghaftesten Geldentwertung. Die letzte Posttarifierhöhung hat nicht die allseitigen Erfolge gehabt, die man sich von ihr versprochen hat. Im Reichsrat liegt jetzt eine neue Erhöhung, die dem Reichstag zur Beschlußfassung bald vorgelegt werden wird. Nach diesem Tarif wird das Porto für einen Brief im Ostpreußen für künftig nur eine Mark betragen. Diese Verringerung des Portofrages erfolgt, weil sich die Post in den Städten sehr leicht umgeben läßt. Ich denke an die Konkurrenz durch Privatposten usw. Das Porto für den Brief im Fernverkehr soll auf 3 M. erhöht werden. Auch die Paketbeförderung und der Fernschreibbetrieb wird eine weitere Belastung erfahren. Wir stehen jetzt mit dem Finanzministerium in Verbindung wegen der Bewährung einer Abfindungssumme, wenn verheiratete Beamtinnen den Dienst verlassen. Ein großer Teil dieser Beamtinnen wartet nur auf die Abfindung.

Abg. Delius (Dem.): Die Mißwirtschaft bei der Post läßt sich nur auf den Krieg und seine Folgen zurückzuführen. Wenn man den schweren Dienst der Beamtinnen auf den Telephon- und Telegraphenämtern berücksichtigt, so ist die uns vom Minister genannte Erkrankungsziffer eine verhältnismäßig geringe.

Schluß der Sitzung um 8 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag vormittag 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung über Postetat und Etat des Reichsarbeitsministeriums.

Aus dem preussischen Staatsrat. Die vielumstrittene Körperschaft „Staatsrat“ trat am Montag zur Walltagung zusammen. Diese Sitzung wird voraussichtlich nur kurz sein; denn außer den Ausführungsbestimmungen zum Reichsministerium liegt ihm keine besonders wichtige Vorlage vor. Erwähnung mag noch die Vorlage finden, die eine Erhöhung des Grundkapitals der Preussischen Staatsbank (Zweihundertung) von 160 auf 400 Millionen Mark fordert. Wir werden über die Ergebnisse dieser Tagung zusammenhängend berichten.

Die Deutschösterreichischen wollen Renaufrollung der Kriegsschuldfrage. — Der Bundesvorstand des Deutschösterreichischen Schutz- und Trutzbundes hat an den Reichspräsidenten telegraphisch, daß sie, nachdem durch den Eiserneprozeß die Beweiskraft bayer. Staatsdokumente erwiesen worden ist, unverzüglich die Annullierung der Schuldfrage „vor aller Welt“ verlangen. — Den Deutschen kann geholfen werden. Wir werden dabei aufpassen.

Der Fall Pittinger. Es beschäftigt sich, daß der Münchner Sanitätsrat Dr. Pittinger, der durch die Angaben des internationalen Schriftstellers Abel aus härteste Bloßstellung und als Hoch- und Landesverräter bezeichnet wurde, von einem Münchner Ehrengericht freigesprochen ward. Was allerdings nichts beweist, da Urteile Münchner Ehrengerichte ebenso „beweislos“ sind wie jene der anderen Münchner Gerichte.



# Groß-Berlin

## Republikanische Zeitbilder!

Die Reichswehr — film ...

Sie haben eine Reichswehr, bestimmt für den inneren Feind, d. h. in klarer Sprache in Reserve gegen Republikaner, in der Hauptsache eine Güterkrippe für monarchistische Offiziere, Nationalisten und Antisemiten. Was die Reichswehr, die uns Milliarden kostet, alles treibt, das wissen die Götter. Den Herrschaften kommt es ohne Bürgerkrieg sehr langweilig vor, sie suchen Beschäftigung im Nebenamt, und die ist auch danach. Etwa 100 Reichswehroffiziere mitem wochenlang unter der glorreichen Führung eines Herrn von Kowow, als Statisten beim „Fridericus-Rex“-Film mit. Reist waren es Herren von Adel, na ja, für die Filmmerkte eignen sie sich ja schließlich noch. Dienstverder wurden abgejagt und ab, ab — dafür gab es 75 Mark Diktend pro Tag. Ein tolles Stück ist aber die Tatsache, daß Kavallerie, die angeblich zu Übungszwecken nach Jüterbog verlegt war, für Filmaufnahmen wiederholt Akt und reiten mußte. Für die Filmgesellschaft ist es eben wesentlich billiger, sich so unter der Hand Statisten samt Pferden stellen zu lassen, die vom Staate bezahlt werden. Mit Munition und Material wurde nicht gespart, denn die Kavallerie war ja zu Übungszwecken nach Jüterbog verlegt. Und wenn ein Filmstribe die ganze Schule furbelt, — ein Schuft ist, wer Schlichtes dabei denkt! Und die 75 M. Diktend pro Tag für die Herren mit Achselklappen? Es ist eine Schande für die Republik, daß sie ihre monarchistischen Offiziere so schlecht behandelt, daß sie im Nebenamt, oder wenn man will, im Hauptamt, noch als Statisten für monarchistische Filme „arbeiten“ müssen.

Die in der Kaserne Rathenower Straße liegenden Reichswehrtruppen haben ebenfalls dazugewonnen — sie arbeiten fleißig in Gärten zwischen Zaun und Gebäude. Da es republikanische Truppen sind, haben sie fast alle Beete in der Form der monarchistischen Eisernen Kreuze mit dem W. II und der Kaiserkrone angelegt. Der republikanische Adler hat keine Krone und ist ein „Judenadler“, der das Auge der Offiziere verlegt. Deswegen wurde ein alter Reichsadler gebaut, mit Krone und Szepter und einem schwarz-weiß-roten Leib. Damit sich Prinz Eitel Schieberich in seinem traurigen Dasein freut, wenn er wieder eine Parade in der Kaserne abnimmt, trägt eines der Eisernen-Kreuz-Beete die Aufschrift: „Bermüht, aber nicht vergessen!“

Für die Opfer der Monarchie, die Krüppel, Witwen und Waisen, haben wir republikanische Versorgungsämter. Der Obmann des Betriebsrates vom Versorgungsamt IV wurde gemahregelt, weil er politische Propaganda getrieben und sich herabhaft geäußert haben soll, das monarchistisch bepöbelte Schilderhaus des Hauptversorgungsamtes müßte eigentlich rot angestrichen werden. — Wenn ein Betriebsrat, so eine höchst unympathische Persönlichkeit, dazu noch ein Kind der Revolution, politische Propaganda treibt, sich also für republikanische Parteien einlegt, dann ist es etwas ganz anderes, als wenn ein von der Republik bezahlter monarchistischer Oberinspektor, Schönfeld in sein schöner Name, offene Propaganda für die Knüttel-Kunze-Partei treibt, die bekanntlich nationalitätlich-antisemitisch eingestellt ist. Auf Grund seiner Stellung precht der Herr Oberinspektor Mitglieder, außerdem beschäftigt er sich mit dem Vertriebs des „Wochenblattes“. Und das nennt Herr Schönfeld Arbeit für die Kriegsoffer, und dafür wird er von der Republik bezahlt.

Es lebe die schwarz-weiß-rote Republik! Hurra! Hurra! Hurra!

## Prügelpädagogen

Mit welchem infernalischen Haß gewisse Lehrer an Groß-Berliner Schulen die Kinder für die politische Gesinnung ihrer Eltern läßt, beweisen folgende Vorfälle.

Am 1. Mai hatten 14 Knaben einer Klasse der Gemeindefschule III in Steglitz die Schule auf Wunsch ihrer Väter nicht besucht. Sie hatten — nach unserer Auffassung mit vollem Recht — die Schularbeiten für den 2. Mai nicht gemacht. Der 1. Mai ist nicht nur vormittags, sondern für den ganzen Tag ein Feiertag. Der Klassenlehrer Rölke verbot ihnen daraufhin mit dem Rohrstock alle 14 Jungen.

Auf Beschwerde der Eltern von seiten der Elternschaft wurde erklärt, daß dieser hervorragende Pädagoge leider erkrankt und bis nach den großen Ferien beurlaubt sei. Rummehr haben die Elternbeiräte des 12. Bezirks an den Kreis-Schulrat eine Beschwerde gerichtet, worin sie um Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen Rölke ersuchen. Man darf gespannt sein, welche Stellung die vorgelegten Behörden zu dieser eigenartigen pädagogisch-politischen Betätigung eines prügelnenden Schichtenehmen.

Eine sonderbare Auffassung von seinen beruflichen Pflichten hat auch der Lehrer Funk von der 8. Berliner Pflichtfortbildungsschule in der Grünthaler Straße. Auch dieser Herr erlaubte sich in gräßliche Ueberschreitung seiner Amtspflichten einem Schüler darüber Vorhaltungen zu machen, daß er den 1. Mai gefeiert habe. Er drohte dem Burschen an, seinem Lehrherrn eine Karte zu schreiben, damit die Dummelei aufhöre. Nicht genug damit, gab der vorreffliche Jugendberater noch seiner unverschämten Freude darüber Ausdruck, daß die Arbeiterdemonstrationen verregnet seien.

Auch hier dürfte ein nachdrücklicher und kräftiger Hinweis der vorgelegten Stellen über die Pflichten eines Fortbildungsschullehrers durchaus am Platze sein.

Arbeiter und Genossen! Gebt diesen euren Feinden, die unsere Jugend schikanieren und vergiften, am Tage der Elternbeiratswahlen die Culltung. Säumt keinen Tag. Propagiert allenthalben für die Listen der drei sozialistischen Parteien.

## Eine Anfrage an das Wohnungsamt

Im Hause Jüdenstraße 55 befindet sich das Hotel zum Goldenen Löwen. Wie uns bekannt geworden ist, hat jetzt der Grundstücksbesitzer Jacobowitz dieses Hotel mit sämtlichen 52 Zimmern und der dazu gehörigen Einrichtung für 700.000 Mark gekauft. Angeblich soll das Hotel in ein Geschäftshaus verwandelt werden.

Im Angesicht der schreienden Wohnungsnot werfen wir deshalb die Frage auf: Ist dem Wohnungsamt von diesem Verkauf etwas bekannt und was hat das Wohnungsamt getan, eine Verklagnahme der Wohnräume herbeizuführen? U. A. u. g.!

## Die Elternbeiratswahlen

Charlottenburg. Am Mittwoch findet im Kaiser-Friedrich-Zelt, Berliner Straße 88, eine von allen drei sozialistischen Parteien einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Pfarrer Genosse Dr. Kleier über die „Bedeutung der Elternbeiratswahlen für die neue Erziehung“ sprechen wird. Wie wir hören, beabsichtigen die „U. n. p. o. l. i. t. i. s. c. h.“ den Verlauf einer Sprengung der Versammlung durch vorherige Besetzung des Saales. Wir empfehlen deshalb allen Genossen, sich an dieser Veranstaltung geschlossen und pünktlich zu beteiligen.

11. Distrikt, 6. Abteilung. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, in der Turnhalle der Schule Reugeeder Str. 5, Elternversammlung. Wahl des Wahlvorstandes. Alle Genossinnen und Genossen müssen pünktlich zur Stelle sein.

Elternbeiräte vom 4. Verwaltungsbezirk. Dazu gehören 11., 12., 13. und 14. Distrikt. An allen Schulen, wo noch kein Schulobmann gewählt ist, ist sofort ein Genosse zu bestimmen und die Adresse umgehend dem Obmann des 4. Verwaltungs-

bezirks, Hans Eßer, N. 113, Carmen-Solva-Straße 6, einzuliefern. — Am Mittwoch, dem 17. Mai d. J., findet eine Vollversammlung sämtlicher Elternbeiräte des 4. Verwaltungsbezirks der drei sozialistischen Parteien abends 7 1/2 Uhr in der Schulaula, Senefelderstr. 6, statt. Es ist Parteipflicht, daß alle Genossen erscheinen, da jede Schule vertreten sein muß. Interessierte Genossen und Lehrer sind eingeladen.

Elternbeiratswahlen an den höheren Schulen. Eltern, welche bereit sind, an höheren oder Mittelschulen als Kandidaten auf der freiheitlichen Liste zu fungieren, wollen Adresse und Schule angeben an Genossen Rich. Schulz, E. 59, Dieffenbachstr. 57. Flugblätter und Stimmzettel „Freiheitliche Liste“ sind dort ebenfalls zu haben.

Die Wahlen für die Mittelschulen finden am 28. Mai, die für die höheren Schulen am 11. Juni statt.

Die Landes- und Gemeindezuschüsse zum Wohnungsbau. Die dem Stedlungsamt der Stadt Berlin für das Jahr 1922 zur Verfügung gestellten Mittel zwecks Bewilligung von Landes- und Gemeindezuschüssen zum Wohnungsbau sind verteilt. Die Liste der Vornotierungen mußte deshalb bis auf weiteres geschlossen werden. Einlaufende Anträge auf Vormerkung können daher zurzeit nicht mehr berücksichtigt werden. Die Wiedereröffnung der Vormerkungsliste wird gelegentlich an dieser Stelle bekanntgegeben werden.

Neuerteilung der Bezirke und Neuzeichnung der Alt-Berliner Wohnungsämter. Am 29. April ist eine Neuverteilung der Bezirke und Neuzeichnung der Alt-Berliner Mieteinigungsämter derart eingetreten, daß das Gebiet und die ziffernmäßige Bezeichnung der jetzigen Mieteinigungsabteilungen mit denen der entsprechenden Wohnungsämter übereinstimmen. Mit dem 15. Mai 1922 gehen die Büros dieser Ämter in die Verwaltung der Bezirksämter über. Die Sonderabteilung für Geschäfts- und Industriebetriebe ist aufgelöst. Ihre Geschäfte sind nunmehr auf die Abteilungen des Mieteinigungsamtes in den Alt-Berliner Verwaltungsbezirken verteilt. Das bisher beim Mieteinigungsamt 6 bestehende Hypothekeneinigungsamt und das bisher beim Mieteinigungsamt 3 bestehende Kleingartenstriedsgericht sind ebenfalls aufgeteilt und ihre Geschäfte für jeden Verwaltungsbezirk einem in diesem Bezirk liegenden Mieteinigungsamt übertragen. Der Magistrat hat im Gemeindeblatt vom 30. April und 21. Mai 1922 und durch Säulenansatz eine genaue Aufstellung darüber gebracht, welche Stadtbezirke künftig zu den einzelnen Mieteinigungsabteilungen gehören. Bevor daher neue Anträge an das Mieteinigungsamt, Hypothekeneinigungsamt und Kleingartenstriedsgericht gestellt werden, wird es sich als zweckmäßig erweisen, entweder aus dem Gemeindeblatt oder durch Nachfrage bei dem zuständigen Bezirksamt festzustellen, bei welcher Dienststelle des Mieteinigungsamtes diese Anträge zu stellen sind.

Folgen der hohen Gebühren. Die Erhöhung der Telegrammgebühren hat, wie berichtet, nicht nur keine höheren Einnahmen gebracht, sondern macht auch der Post fortgesetzt Schwierigkeiten. Das Publikum wartet auch in einzelnen Telegrammen mit Worten viel mehr als früher. Die Zahl der eingehenden Telegramme mit ungenügender Aufschrift ist so groß geworden, daß bei größeren Ämtern erulte Betriebs-schwierigkeiten aufzutreten sind. Es wurde deshalb bekanntlich eine Gebühr von 4 Mark für die Ergänzung der Aufschriften eingeführt. Die Postanstalten haben aber, päpstlich als der Paps, diese Gebühr auch erhoben, wo der Empfänger ohne viele Mühe zu ermitteln war. Das Reichsministerium hat deshalb jetzt wieder neue einschränkende Bestimmungen getroffen. Die Gebühr soll nur in besonderen Einzelfällen erhoben werden. Es soll alles unterbleiben, was verkehrsfeindlich wirkt. Unnötige Därten sind zu vermeiden. Die Sondergebühr gilt nur für Inlands-Telegramme. Für mehrere Telegramme wird sie nur einmal für den Bestellsang erhoben. Sie soll zunächst nur eingezogen werden, wenn die berufsmäßige Driekenntnis der anweisenden Ab-

## Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Englisches autobiographisches Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1916 by Ullstein & Co., Berlin (72. Fortsetzung.)

Es war ein enger, dunkler Raum, dessen eiserne Tür nach der mit Eisenblech gedeckten Terrasse hinausging, und der mit Heiligenbildern jeden Formats, mit glatten und verzierten Heiligenschriften, mit kirchenslawischen Büchern in gelbem Ledereinband vollgepfropft war.

Neben unserem Laden besand sich ein zweiter, in dem ein schwarzbärtiger Kaufmann gleichfalls mit Heiligenbildern und frommen Büchern Handel trieb. Er war mit einem altgläubigen Vorleser und Bibelfenner verwandt, der in den Bezirken um Kerschenz, jenseits der Wolga, wo die Altgläubigen zu Hause waren, sehr berühmt war. Ein Sohn des Ladeninhabers, ein magerer, behender Bursche, in meinem Alter, mit dem grauen, kleinen Gesichtchen eines Greises und den unruhigen Augen einer Maus, ging dem Vater beim Geschäft an die Hand.

Hatte ich den Laden geöffnet, so holte ich in der nächsten Schenke kochendes Wasser zum Tee und sobald ich mein Glas Tee getrunken hatte, machte ich Ordnung im Laden und wischte den Staub von den Bildern ab. Dann hatte ich mich auf der Terrasse aufzuhalten und dafür zu sorgen, daß die Kundschaft nicht in den Laden des Konkurrenten ging.

„Die Kunden sind dumm,“ sagte der Kommiss zu mir im Bräutchen der Ueberzeugung. „Ihnen ist's gleich, wo sie kaufen, wenn sie nur billig kaufen. Von der Ware haben sie keine Ahnung.“

Er hantierte klappernd mit den Bildtafeln herum, spielte sich als Sachkenner auf und belehrte mich:

„Mußt die Bilder nach der Güte unterscheiden lernen, Handwerk und Meisterarbeit sind himmelweit verschieden. Auch die Größe merk' dir: drei Zoll zu vier, sechs Zoll zu sieben und so weiter... Kennst du die Heiligen? Weißt du, wofür sie gut sind? Daß du sie nicht verwechselst: Bonifaz hilft gegen Trunksucht, die Erzmärtyrerin Barbara gegen Zahnschmerzen und pflanzlichen Tod. Wasilij der Gerechte gegen Fieber und Hitze... Kennst du alle Marienbilder? Zieh her:

das ist die Schmerzensreiche, hier die mit den drei Händen, die Wundertäterin von Abalazk. Weine nicht, Mutter, Erlöse mich von allem Leid, die Muttergottes von Kasan, die Fürbitterin, die mit den sieben Pfeilen...“

Mit Leichtigkeit merkte ich mir, nach Format und Güte der Arbeit, die Preise der Bilder, und auch die verschiedenen Darstellungen der Muttergottes wußte ich bald zu unterscheiden, nur die „Spezialität“ der verschiedenen Heiligen ging mir nicht schnell genug in den Kopf ein. In Gedanken verfunken stehe ich zuweilen an der Ladentür, da fragt mich plötzlich der Kommiss, um mich auf meine Sachkenntnis hin zu prüfen:

„Welcher Heilige wird bei einer schweren Geburt angerufen?“

Antworte ich falsch, so meint er höhnisch:

„Wozu hast du denn deinen Schädel, Junge?“

Noch schwerer fiel mir das Anreden der Kunden; die abscheulich gemalten Heiligenbilder gestielen mir nicht, und es war mir peinlich, sie den Leuten anzupreisen. Nach den Erzählungen der Großmutter stellte ich mir die Muttergottes jung, schön und gültig vor, und so war sie auch in den Journalen abgebildet, die Heiligenbilder aber stellten sie als eine alte, streng blickende mit einer langen, krummen Nase und hölzernen kleinen Händen dar.

Am Mittwoch und Freitag, den beiden Markttagen, war das Geschäft recht lebhaft, jeden Augenblick erschienen auf der Terrasse Bauern und Bäuerinnen, zuweilen auch ganze Familien — Altgläubige vom alten Wolga-Ufer, misirantische, finster blickende Waldmenschen. Kommt da langsam und vorsichtig, als ob er durchzubrechen fürchtete, die Galerie entlang stolch ein schwerfälliger, in Schafpelz und dickes Hausmacher-tuch gehüllter Mensch daher, und ich soll ihn anreden und in den Laden locken. Verlegenheit und Scham regen sich in mir, und ich muß mich gewaltsam zwingen, ihm in den Weg zu treten, vor seinen plumpen, schweren Stiefeln daherzutänzeln und ihm mit der Zudringlichkeit einer Mücke ins Ohr zu summen:

„Womit kann ich dienen, Verehrter? Vielleicht ein Pfalter gefällig, ursprünglicher Wortlaut, mit oder ohne Erklärungen? Die Schriften des Jesum Sefirin, das Ritual des Heiligen Kirill, ein schönes Gebetbuch

— bitte nur näherzutreten! Bilder von allen Heiligen, ganz nach Wahl, zu jedem Preise, beste Ausführung, in dunklen Farben! Sämtliche Heiligen und alle Muttergottes-Bilder werden auf Bestellung gemalt. Wie wär's mit einem Hausbilde, oder mit einer Bestellung zum Namenstag? Wir haben die beste Werkstatt in ganz Rußland, den ersten Laden in der Stadt!“

Der Kunde verharret eine ganze Weile in unergründlichem Schweigen, sieht mich an wie einen lästigen Hund, schiebt mich dann plötzlich mit seiner knochigen Hand beiseite und geht in den Laden des Nachbarn. Mein Kommiss reißt sich die großen Ohren und brummt ärgerlich:

„Ein schöner Kaufmann — läßt sich 'nen Kunden durch die Lappen gehen!“

Im Nachbarladen läßt sich die weiche, süßliche Stimme des Verkäufers vernehmen:

„Wir handeln nicht mit Schafpelzen oder Stiefeln, guter Freund, sondern mit einer heiligen Gottesgabe, die kostbarer ist als Silber und Gold, die gar nicht zu bezahlen ist...“

„T—ausel noch eins!“ flüstert mein Kommiss mit einer Mischung von Reid und Entzücken — „wie der den Bauern Honig ums Maul schmirt! Hör' zu und lerne, lerne!“

Ich lernte, so gut ich konnte — wenn man schon eine Sache angefangen hat, soll man sie ernsthaft betreiben. Mit dem Heranlocken der Kunden und dem Warenabsatz wollte es jedoch gar nicht recht gehen, diese finsternen, wortfargen Bauern und ewig erschrocken dreinschauenden alten Weiber erregten mein Mitleid, und ich hätte ihnen am liebsten den wahren Preis der Bilder zugeflüstert, ohne auch nur eine Kopfe mehr zu nehmen. Sie machten mir alle einen so ärmlichen, verhungerten Eindruck, und ich wunderte mich, daß sie viertheil Rubel für den Pfalter bezahlen konnten, den sie häufiger als alle anderen Bücher kauften. Sie setzten mich durch ihre Kenntnis der Bücher und ihr richtiges Urteil über den Wert der Bilder in Erstaunen — ein weißhaariger Greis, den ich einmal in den Laden gelockt hatte, sagte mir kurz und bündig:

„Es ist nicht wahr, mein Junge, daß eure Werkstatt die erste in ganz Rußland ist. Die besten Heiligenbilder liefert Rogoschin in Moskau.“

(Fortsetzung folgt.)

